

Das Bruttoinlandsprodukt als gesamtwirtschaftlicher Indikator



Von Dr. Frank Thalheimer
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Gastbeitrag¹⁾

Vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt stehen aktuelle Daten zur Höhe des Wirtschaftswachstums in Deutschland und den einzelnen Bundesländern gemeinhin im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Höheres Wachstum wird im Allgemeinen auch mit einem Plus an Arbeitsplätzen verbunden. Der Wert für das Wirtschaftswachstum in Deutschland insgesamt verbirgt die konjunkturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen. Ein Vergleich der Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Bundesländer offenbart regionale Stärken und Schwächen. Welche Länder lagen 2004 vorne?

Wachstum – Süd-Nord-Gefälle

2004: Sachsen und Rheinland-Pfalz 2004 vor den anderen Bundesländern

Entsprechend der im Jahr 2004 verbesserten Wirtschaftsentwicklung in ganz Deutschland zeigte sich in jenem Jahr in allen Bundesländern eine mehr oder minder starke konjunkturelle Belebung. Zwischen den alten Ländern, die mit +1,6% einen Zuwachs des realen BIP in Höhe des Bundesdurchschnitts aufwiesen, und den neuen Ländern mit +1,5% Wirtschaftswachstum (jeweils ohne Berlin) bestand demnach im Jahr 2004 nur ein marginaler Unterschied. Einige Länder erzielten indes eine deutlich bessere Wirtschafts-

leistung als der Bund, während in manchen Regionen die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts deutlich hinter der allgemeinen Entwicklung zurückblieb.

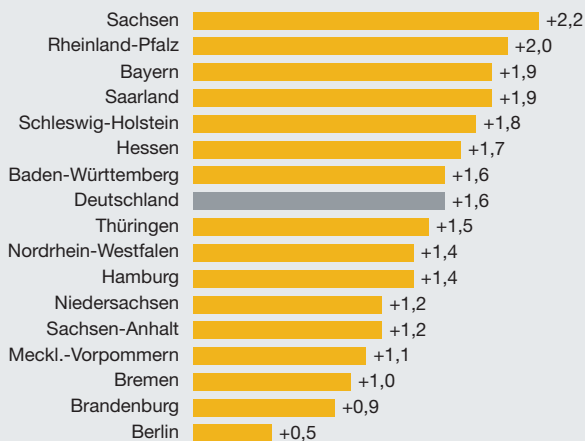
An die Spitze des Wachstums setzte sich 2004 ein ostdeutsches Bundesland. Nach den vorläufigen Regionalwerten des BIP für das Jahr 2004, die Ende März 2005 vom „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) vorgelegt wurden, führte Sachsen mit 2,2% realem Wirtschaftswachstum das Bundesländerranking an, dicht gefolgt von Rheinland-Pfalz ebenfalls mit einer Zwei vor dem Komma.

Beim Wirtschaftswachstum zeichnet sich in Deutschland ein deutliches Süd-Nord-Gefälle ab. Vor allem der Norden scheint sich von der Wirtschaftsflaute der vergangenen Jahre noch nicht erholt zu haben. Mit Zu-

Norden unter Bundesdurchschnitt

1) Die Originalversion des Beitrags wurde als Teil 1 einer dreiteiligen Folge über gesamtwirtschaftliche Indikatoren in den Statistischen Monatsheften Baden-Württemberg veröffentlicht. Mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wird hier eine gekürzte Fassung abgedruckt. Der vollständige Beitrag kann unter <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/> heruntergeladen werden. Da der Beitrag erstmals im September 2005 erschienen ist, greift er auf die Ergebnisse für das Jahr 2004 zurück. Ergebnisse für das Jahr 2005 liegen aus der regionalen VGR Mitte Februar 2006 vor.

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts¹⁾ gegenüber 2003 in %



1) In Preisen von 1995, vorläufiges Ergebnis.

AK VGR d L

wachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 0,5% bis knapp über 1% verlief die Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Brandenburg und Berlin deutlich ungünstiger als in Deutschland insgesamt.

Das Bruttoinlandsprodukt als Messgröße

Als Messgröße für das Wirtschaftswachstum dient allgemein die Veränderungsrate des „realen“, das heißt von Preiseinflüssen bereinigten, Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr. Das BIP ist insofern zentraler Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung und konjunkturelle Lage eines Landes. Es spiegelt den wirtschaftlichen Gesamtwert der innerhalb eines Kalenderjahres erstellten Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft bzw. einer Region abzüglich der als Vorleistung eingesetzten Güter wider und stellt damit eine der wichtigsten, wenn nicht

die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar.

Das BIP umfasst – regional differenziert – die Aktivitäten aller Wirtschaftsbereiche von der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handwerk und dem Handel, dem Transportgewerbe, den Banken und Versicherungen bis hin zum Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Regionale VGR – unverzichtbar für Politik, Wirtschaft und Verwaltung

Die Angaben zum Wirtschaftswachstum für die Bundesländer basieren auf den Regionalergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die in Deutschland vom Arbeitskreis „VGR der Länder“ erstellt werden. Als das umfassendste statistische Instrumentarium der

Exkurs

Regionale VGR in Deutschland

Regionalergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach Bundesländern sowie – für zentrale Indikatoren, wie u.a. das Bruttoinlandsprodukt – auch auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) berechnet. Mitglieder im Arbeitskreis sind die Statistischen Landesämter sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetags. Die abgestimmte Aufgabenteilung im Arbeitskreis – jedes Mitglied rechnet für alle 16 Bundesländer ein VGR-Aggregat bzw. einen Wirtschaftsbereich auf der Basis gleicher Datenquellen und identischer Verfahren – stellt sicher, dass die Länderergebnisse voll vergleichbar sind. Die EU-weit einheitliche Methodik der regionalen VGR nach dem „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995“ (ESVG 95) sichert zudem vergleichbare VGR-Ergebnisse für die Staaten und Regionen Europas.

Wirtschaftsbeobachtung auf regionaler Ebene ergeben die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder ein quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in unserem Land und sind als solches unverzichtbar für gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunkturprognosen. Die im Übrigen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) nach einheitlicher Methodik ermittelten regionalen VGR-Aggregate bilden damit eine wesentliche Grundlage politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen sowohl auf Bundes- und Länderebene als auch im europäischen Kontext. Beispielsweise richtet sich im Rahmen der gemeinsamen Kohäsionspolitik der Europäischen Kommission die Vergabe von Fördermitteln der EU-Strukturfonds für Regionen mit Entwicklungsrückstand nach der Höhe des auf die Zahl der jeweiligen Einwohner bezogenen regionalen Bruttoinlandsprodukts.

Drei Länder stellen gut die Hälfte des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wie auch ökonomische Vergleiche zwischen Ländern und Regionen werden in der Regel am BIP, der Einwohnerzahl und den Erwerbstätigen festgemacht. So zählt Deutschland im Kreis der EU-Mitgliedstaaten sowohl nach der Bevölkerung als auch nach der Höhe des BIP vor Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien zu den vier größten Ländern Europas. Mit mehr als der Hälfte (57%) der rund 457 Mill. Einwohner der EU-25 erwirtschafteten diese vier Staaten 2004 zusammen gut zwei Drittel (67%) des gesamten Bruttoinlandsprodukts aller EU-Länder.

BIP je Einwohner – gesetzlich festgelegter Maßstab für Fördermittel der EU-Strukturfonds

Exkurs

VGR-Revision 2005

Warum stimmt das BIP für Deutschland (derzeit) nicht mit der Summe des BIP der 16 Bundesländer überein?

2005 wurden die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfassend revidiert und den verbindlichen europäischen Rechtsvorschriften sowie dem internationalen Standard der Preis- und Volumenmessung angeglichen. Die wesentlichen Neuerungen sind:

- Einführung der Vorjahrespreisbasis (bisher in Preisen eines festen Basisjahres) und Verkettung,
- neue Deflationierungs- und Preismessmethoden (u. a. Hedonik),
- neue Berechnung und Aufteilung der Bankdienstleistungen (FISIM).

Die Daten der regionalen VGR sind noch nicht an die neuen Berechnungskonzepte nach nationalem (und europäischem) Standard angepasst. Erste Ergebnisse der VGR-Revision 2005 für Bundesländer werden im Februar 2006 für die Jahre ab 1991 veröffentlicht.

Auch unter den Bundesländern wiesen die nach der Zahl der Einwohner größten Länder Nordrhein-Westfalen (18 Mill.), Bayern (12 Mill.) und Baden-Württemberg (knapp 11 Mill.) im Jahr 2004 die höchste Wirtschaftsleistung auf. Der Wert der in diesen drei Ländern insgesamt erstellten Waren und Dienstleistungen belief sich 2004 auf knapp 1190 Mrd. Euro, mehr als die Hälfte (55%) des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts.

Beim „BIP pro Kopf“ liegt Hamburg vorn

Ein aussagefähigerer Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Wirtschaftskraft verschieden großer Länder oder Regionen mit unterschiedlich großer

T 1

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen 2004¹⁾ nach Bundesländern

Bundesländer	Betrag	Je Einwohner	Je Erwerbstätigen
	Mill. EUR	EUR	
Hamburg	78 794	45 360	75 963
Bremen	23 578	35 590	60 308
Hessen	195 165	32 060	65 195
Bayern	385 156	30 990	61 870
Baden-Württemberg	319 434	29 840	59 685
Nordrhein-Westfalen	481 419	26 640	58 110
Saarland	26 054	24 610	52 071
Schleswig-Holstein	66 509	23 540	54 951
Rheinland-Pfalz	95 390	23 510	54 429
Niedersachsen	184 923	23 110	53 155
Berlin	77 858	22 990	50 773
Sachsen	79 840	18 540	41 631
Sachsen-Anhalt	45 805	18 250	45 345
Thüringen	42 272	17 870	40 951
Brandenburg	45 018	17 530	44 323
Mecklenburg-Vorpommern	29 784	17 260	42 140
Deutschland	2 177 000	26 390	56 631

1) Vorläufiges Ergebnis.

Wirtschaftsleistung wird eigentlich erst ermöglicht, wenn man die Absolutwerte des regionalen Bruttoinlandsprodukts auf die jeweilige Bevölkerungszahl bzw. auf die Erwerbstätigen der Region bezieht. Fünf Länder wiesen 2004 eine deutlich höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf als der Durchschnitt Deutschlands auf.

Am höchsten war das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Stadtstaat Hamburg. Hamburg gilt als moderne Dienstleistungsmetropole. Im Jahr 2004 wurde ein BIP von fast 45 400 Euro je Einwohner erwirtschaftet, 72% mehr als im Bundesdurchschnitt (siehe Tabelle 1).

Innerhalb Deutschlands gibt es demnach ein ausgeprägtes Regionalgefälle der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Bundesländern mit einer Spanne des nominalen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner

2004 von 65% bis zu 172% des gesamtdeutschen Durchschnitts. Insbesondere zwischen Ost und West bestehen unübersehbare Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftskraft.

Die Aussagekraft der Kenngröße „BIP je Einwohner“ für wirtschaftliche Regionalvergleiche wird allerdings dadurch relativiert, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung in manchen Regionen durch die Pendlerströme auf ein Niveau erhöht wird, das maßgeblich über der von der ansässigen Erwerbsbevölkerung erstellten Wirtschaftsleistung liegt. In Regionen mit hohem Einpendlerüberhang wie zum Beispiel Hamburg oder Bremen wird das BIP je Einwohner somit überschätzt (siehe nachstehenden Info-Kasten).

Regionalgefälle je nach Kennziffer verschieden

Dieser Effekt der Berufspendler auf die Höhe der regionalen Wirtschaftsleistung zeigt sich deutlich beim Vergleich des auf die Zahl der Einwohner bezogenen Bruttoinlandsprodukts mit dem BIP je Erwerbstätigen. Die Differenzen der Wirtschaftskraft zwischen den Ländern werden beim BIP je Erwerbstätigen auf eine Spanne von 74% bis 134% des Deutschlandwertes reduziert.

Hamburg und Bremen mit hohem Einpendlerüberhang

Bezieht man die in Hamburg erstellte Wirtschaftsleistung anstatt auf die Wohnbevölkerung auf die dort beschäftigten Erwerbstätigen, verringert sich der „Vorsprung“ der Hansestadt beträchtlich. Mit einem im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt um 34% höheren BIP je Erwerbstätigen liegt Hamburg aber auch bei

Info

„Pendlerproblem“ bei regionalen Wirtschaftsvergleichen

Bei der Gegenüberstellung des „BIP je Einwohner“ unterschiedlicher Regionen ist zu berücksichtigen, dass die Höhe des Bruttoinlandsprodukts in einigen Regionen durch Pendler erheblich beeinflusst sein kann. Das BIP misst nämlich die innerhalb einer Region erbrachte wirtschaftliche Leistung unabhängig davon, ob sie von der hier ansässigen Erwerbsbevölkerung oder von Berufseinpendlern erbracht wurde. Die räumliche Zuordnung des am Arbeitsort erstellten BIP stimmt nicht mit der Einwohnerzahl am Wohnort überein. Als Bezugsgröße besser geeignet ist die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort.

Insbesondere wirtschaftliche Zentren wie Hamburg und Bremen können so ein vergleichsweise hohes regionales BIP je Einwohner aufweisen, während es in den umliegenden Regionen, in denen die Pendler wohnen, unterschätzt wird.

der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im Bundesländerranking vorn (Tabelle 1). Die große Anteilsdifferenz zwischen den beiden Kennziffern BIP je Einwohner (172%) bzw. BIP je Erwerbstätigen (134%) weist auf die starke Bedeutung der von den Berufseinpendlern erbrachten Wirtschaftsleistung hin. Eine ähnliche Situation gilt für Bremen. Aber auch in Hessen, mit der Bankenmetropole Frankfurt, sowie in Bayern und Baden-Württemberg mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland gibt es einen starken Einpendlerüberhang.

Ostländer verringern ihren Produktivitätsabstand

Im Osten dagegen war die Wirtschaftskraft 2004, gemessen am nominalen BIP je Einwohner, auch aufgrund der hohen Auspend-

lerzahlen um ein starkes Drittel niedriger als im Westen. Sachsen erreichte gut 70% des gesamtdeutschen Durchschnitts. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, ohne ausgeprägte Industriestandorte, befanden sich am Ende der Rangliste. Bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, dem BIP je Erwerbstätigen, schnitten die fünf neuen Länder etwas besser ab. Zwar lagen sie 2004 auch hier noch etwa ein Viertel unter Westniveau. Seit 1991 konnte die Ostwirtschaft ihren Abstand zum gesamtdeutschen Produktivitätsniveau jedoch maßgeblich verringern.

Im Jahr 2004 stieg die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der Ostländer (ohne Berlin), gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen, im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich um 2,0% auf gut 42 700 Euro je Erwerbstätigen. Im bundesdeutschen Durchschnitt lag die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen 2004 bei rund 56 650 Euro und für die alten Länder (ohne Berlin) ergaben sich gut 59 450 Euro, jeweils ebenfalls ein Plus von 2% gegenüber dem Jahr 2003. Die Pro-Kopf-Leistung der neuen Länder lag damit im vergangenen Jahr durchschnittlich noch um rund 25% unter dem Bundeswert.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, dem preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, verzeichnete der Osten 2004 anders als beim BIP je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen verglichen mit den Ländern im früheren Bundesgebiet einen stärkeren Anstieg. Während sich die Arbeitsproduktivität (in Preisen von 1995) der fünf neuen Länder durchschnittlich um 1,6% erhöhte, erreichten die alten Länder (ohne Berlin) lediglich

Nominale Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung der neuen Länder noch 25% unter Bundesdurchschnitt

eine Produktivitätssteigerung um 1,2%. Der Produktivitätsabstand der ostdeutschen Wirtschaft hat sich damit erneut verringert. Lag das reale BIP je Erwerbstätigen im Osten 1991 noch unter 50% des gesamtdeutschen Wertes, wurden 2004 schließlich gut drei Viertel des durchschnittlichen Produktivitätsniveaus in der deutschen Wirtschaft erreicht.

Zwar haben sich die Rahmenbedingungen in den neuen und alten Bundesländern in weiten Teilen angeglichen, insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur, jedoch bestehen bei den Lebensverhältnissen in Ost und West noch immer große Unterschiede.

Milliardenhilfe – Regionalförderung der EU

Mit dem Ziel, regionale Disparitäten zu verringern, unterstützt die Europäische Union im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik Regionen mit Entwicklungsrückstand und strukturellen Schwierigkeiten. Im Zeitraum 2000 bis 2006 verfügen die Beihilfefonds immerhin über einen Haushalt von insgesamt 213 Mrd. Euro. Etwa 150 Mrd. Euro, davon gut 23 Mrd. Euro für Deutschland, dienen der Unterstützung so genannter Ziel-1-Regionen, das heißt von Regionen, deren Pro-Kopf-Einkommen unter 75% des EU-Durchschnitts liegt. Im Förderzeitraum 2000 bis 2006 decken die Ziel-1-Programme in Deutschland im Allgemeinen die fünf neuen Länder ab.

Maßgebliche Verteilungsgrundlage der EU-Strukturfördermittel ist das regionale BIP pro Kopf, das – jeweils in nationaler

Währung berechnet – zum Ausgleich von Preisniveau- bzw. Kaufkraftunterschieden zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in den Wechselkursen nicht zum Ausdruck kommen, in so genannte Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnet wird.

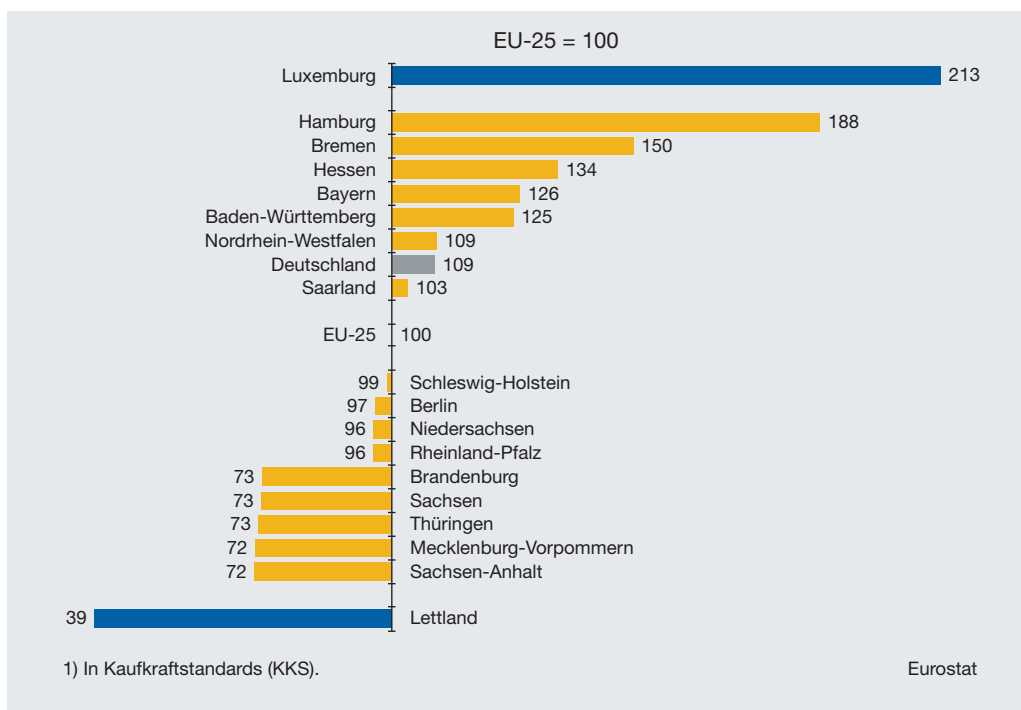
Nach den aktuellen Daten von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, zum regionalen BIP 2002 in den 254 so genannten NUTS-2-Regionen¹⁾ der 25 EU-Mitgliedstaaten reicht die Spannweite von 6 760 KKS je Einwohner bzw. 32% des Durchschnitts der EU-25 (21 170 KKS) in der polnischen Region Lubelskie bis zu 66 760 KKS (315%) in der britischen Hauptstadtregion Inner-London. Das in der Finanzmetropole London erwirtschaftete regionale Bruttoinlandsprodukt – bezogen auf die Wohnbevölkerung – dürfte allerdings durch eine sehr große Anzahl an Berufseinpendlern gegenüber den umliegenden Gebieten, aber auch gegenüber den übrigen EU-Regionen beträchtlich überhöht sein.

Auf Ebene der Mitgliedstaaten weist Lettland mit 39% der EU-25 das niedrigste BIP je Einwohner auf, Deutschland liegt mit 23 012 KKS (109%) etwas über dem EU-Durchschnitt und das Großherzogtum Luxemburg belegt mit 213% den Spitzenplatz. Unter den 20 Regionen mit dem höchsten BIP je Einwohner liegt Hamburg als größtes Dienstleistungszentrum Norddeutschlands mit 39 766 KKS (188%) auf Rang 4 sowie Bremen (150%) auf Rang 16. Wie London weisen jedoch auch Luxemburg, Hamburg und Bremen als wirtschaftliche Zentren einen hohen Einpendlerüberhang auf.

Verteilungsgrundlage: Kaufkraft-Standards auf der Basis des BIP je Einwohner

1) In Deutschland sind dies die Stadtstaaten oder die Regierungsbezirke der Flächenländer (im Fall von Rheinland-Pfalz die ehemaligen Regierungsbezirke).

Entwicklungsdifferenzen in Deutschland und der EU
Bruttoinlandsprodukt¹⁾ je Einwohner 2002



Neue Länder: Ziel-1-Regionen der EU-Strukturförderung

Förderkriterien greifen für neue Länder auch nach der EU-Erweiterung

Jede vierte Region der Europäischen Union lag im Jahr 2002 unter der Marke von 75% des EU-25-Durchschnitts. Von diesen insgesamt 64 wirtschaftsschwächeren NUTS-2-Regionen befanden sich sechs in Deutschland, alle in den neuen Bundesländern. Das niedrigste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wies hierunter der Regierungsbezirk Dessau in Sachsen-Anhalt mit knapp 14 100 KKS (66,5%) auf.

Insgesamt lagen alle fünf neuen Bundesländer mit ihrem jeweiligen Landeswert des Pro-Kopf-Einkommens 2002 unter der 75%-Marke des EU-25-Durchschnitts. Auch nach der Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 25 Mitgliedstaaten, wodurch sich die Entwicklungsabstände in

der EU annähernd verdoppelt haben, wären für die fünf neuen Länder damit weiterhin die Förderkriterien der Ziel-1-Strukturprogramme der EU erfüllt.

Staatsdefizit erneut über der „3%-Schwelle“?

Mit den „Maastricht-Kriterien“ des EU-Währungsvertrages haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine strenge Haushaltsdisziplin auferlegt. Dem Bruttoinlandsprodukt kommt eine zentrale Rolle bei den „Maastricht-Kriterien“ des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU zu. Demnach darf das jährliche Staatsdefizit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 3% des BIP nicht übersteigen und die öffentliche Gesamtverschuldung höchstens bei 60% des Bruttoinlandsprodukts

liegen. Ein überhöhtes Defizit berechtigt die EU-Kommission dazu, gegen ein Land ein Defizitverfahren zu eröffnen.

Die Haushaltslage Deutschlands blieb 2004 angespannt. Die Staatsausgaben wurden zwar eingeschränkt, doch die Einnahmen waren ebenfalls rückläufig. Nach vorläufigen Berechnungen wurde 2004 ein Finanzierungsdefizit des Staates in Höhe von rund 80 Mrd. Euro verzeichnet, nach einem Defizit von 81 Mrd. Euro im Vorjahr. Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen waren das im Berichtsjahr 3,6%.

Auf Länder und Gemeinden entfällt gut ein Drittel des Staatsdefizits

Die Länder und ihre Kommunen tragen allerdings zu einem nicht unerheblichen Teil zur Verschuldung des Gesamtstaates bei. Zwar entfiel auf den Bund mit rund 51 Mrd. Euro der Löwenanteil am Staatsdefizit 2004, mit etwa 28,5 Mrd. Euro waren die

Länder und Gemeinden aber auch zu gut einem Drittel am Haushaltsdefizit Deutschlands beteiligt. Die Sozialversicherung hatte mit – 0,6 Mrd. Euro insgesamt einen nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo, nach Defiziten von jeweils rund 7 Mrd. Euro 2002 und 2003. Nach Angaben von Eurostat wies Deutschland Ende 2004 eine Staatsverschuldung in Höhe von rund 66% des BIP auf und überschritt damit ebenfalls die „Maastricht-Grenze“ (60%).

Dr. Frank Thalheimer ist Referent im Referat „Wirtschaftswissenschaftliche Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, dem die Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ obliegt.